

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilungsgeld mit Aufnahme der Form und Zeilung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4.50 M., durch unsere Boten zugestellt in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 6.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postausfälle und Drückfehler sowie unsere Beiträge und Beilagen werden jederzeit nachgeliefert. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interimspreis 1 M. für die 8 behaltene Kopypresse oder deren Raum, Restanten, die 2 spaltige Kopypresse 2.50 M. Die Werbekosten und Inseratentrag einschließlich Postzuschlag, Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 spaltigen Kopypresse 3 M., Nachweilungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichtlieferung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Haftung gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorand, Verleger und Drucker: Arthur Fichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Fichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 181.

Freitag den 5. August 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Birnenverkauf Freitag den 5. d. M. 8 bis 1 Uhr im Verwaltungsgebäude, das Bürod 1,20 M.
Wilsdruff, am 3. August 1921. 5108 Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Reichskanzler Dr. Wirth trat in Bremen für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland entschieden ein.
- * In den nächsten belgischen Parlamentswahlen dürfen nur diejenigen Einwohner von Eupen und Malmedy teilnehmen, die vor dem 1. August 1914 in Belgien ansässig waren.
- * Im englischen Unterhause teilte Fisher mit, bisher sei von einer Wiedervereinigung Deutschlands, seinem Eintritt in den Völkerbund zu beantragen, nichts bekannt geworden.
- * Der italienische General de Marini erklärte im Auswärtigen Ausschuss: Eine Teilung des ober-schlesischen Industriegebietes sei eine Unmöglichkeit.
- * Enrico Caruso, der weltbekannte Sänger, starb zu Neapel im Alter von 48 Jahren.
- * In Spanien herrscht lebhaftige Gärung infolge der Unzufriedenheit mit dem marokkanischen Abenteuer.

Das letzte Wort.

Nicht weit von der Stelle, wo Roland der Riese am Rathaus zu Bremen seine stumme, aber hereditäre Sprache spricht, hat der deutsche Reichskanzler in zwölfter Stunde, bevor der Oberste Rat in Paris zur Entscheidung über Oberschlesien zusammentritt, noch einmal das Wort ergriffen, um das deutsche Volk, wie auch die großen Völker der Erde auf die historische Bedeutung der kommenden Stunde hinzuweisen. Seine ernstlichen Mahnungen waren gewiss von einzelnen Gebanngängern durchgezogen, an denen parteipolitische Segnerschaft mit leichter Mühe ihre kritischen Klünste üben könnte. Und andere Leute mögen wohl die Frage aufwerfen, ob der Ton bitterer Beschwörung, den Herr Dr. Wirth im Angesicht der Welt wieder einmal anschlug, mit der Wahrung der gerade ihm besonders anvertrauten deutschen Würde durchaus zu vereinbaren sei. Das alles aber sind untergeordnete Gesichtspunkte gegenüber dem einen Sinn und Zweck der Rede, um besentwillen sie gehalten wurde: den Männern, die nunmehr endlich das ersöhnende Wort über Ober-schlesien sprechen sollen, noch einmal das Gewissen zu schärfen, sie noch einmal auf die Forderungen von Recht und Gerechtigkeit festzulegen, zu denen der Friedensvertrag von Versailles sie verpflichtet, noch einmal die Voraussetzungen zu unterstreichen, unter denen allein Glück und Wohlfahrt der Völker in Europa wieder aufblühen können. Wenn die Zukunft Oberschlesiens wahrhaft am Herzen liegt, für den darf nur diese eine Zielrichtung der Wirthschen Rede existieren. Neben Dinge, Zweideutigkeiten, Befangenheiten, die er in der Rede finden mag, muß er beiseite schieben, weil ungleich höheres auf dem Spiele steht.

Der Reichskanzler begann damit, daß er nicht nach Bremen gekommen sei, um eine Rede der Entmutigung zu halten, sondern, daß ihm Trost und Aufmunterung am Herzen lägen. Durch Arbeit, durch freiwillige Arbeit müßten wir wieder zur Freiheit gelangen. Die Zeit der Illusionen sei vorüber, jetzt müßten wir in treuer Pflichterfüllung den für richtig erkannten Weg innehalten. Das sei der Weg des Rechtes, der Barmherzigkeit und der Liebe. Nur er führe zum Glück und zur Wohlfahrt. Gewiß könne man an den alten Fahren und Idealen festhalten. Aber die Illusionen der Macht müssen wir aufgeben, in der Erkenntnis, daß der Kern aller Geschichte im Grunde ein moralischer ist. Macht besitzen heute unsere Gegner, und wer sehen wolle, wie diese mißbraucht werden könne, der brauche nur nach Warschau zu blicken. Wohl hören wir Stimmen des Friedens und des Rechtes aus England und Amerika, aber was hat uns die Politik der letzten drei Jahre, der letzten Monate, in Wirklichkeit gebracht? Nur neuer Haß ist mit ihr gesät worden. Dem Ultimatum von London hat die deutsche Regierung sich unterworfen, und sie würde es heute ebenso wieder tun wie im Mai dieses Jahres. Sei es richtig, als Antwort darauf den großen Gedanken der sozialen Demokratie, die Politik der deutschen Regierung, die großen Ideale der Welt zu sabotieren? Nichts anderes als dies wäre es, wenn trotz der Abstimmung in Oberschlesien Korfanth und nicht das Recht in Europa zur Geltung käme. Es darf nicht geschehen, daß der große Gedanke der Selbstbestimmung verfehlt wird in einem Augenblick, wo alle Mächte moralischer Natur mit eherner Stimme in die Welt hinausrufen: Jetzt achtet den Gedanken der Demokratie in der Welt, den Gedanken der Freiheit, jeden Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes für das ober-schlesische Volk, wenn ihr nicht Europa dem Ruin, dem Niedergang, dem endgültigen Untergang weihen wollt. Der Kanzler bekannte sich zu dem Ideal der demokratischen, freien deutschen Volkrepublik und fragte, ob man es verantworten könne, ein Volk, das durch opfervolle Arbeit für die Gesamtinteressen Europas zur Freiheit strebe, durch rechtswidrige Behandlung zu mißhandeln. Sieben Jahre nach

dem Ultimatum an Serbien bedrohe man Deutschland abermals mit einem Ultimatum, und doch könne die Welt nicht mit Ultimatum, mit Bedrohungen, mit Brüstungsgedeberei, sondern nur durch Verhandlungswilligkeit gerettet werden. Sei es nicht klüger, kaufmännisch zu denken, als heute über das zu reden, was man morgen noch ausgraben könne; zumal doch Verbrechen in allen Nationen begangen worden seien. Durch deutsches Blut zum Leben erwacht, habe Polen gerade Deutschland schmähtlicher behandelt als je ein anderes Volk. Werde jetzt in unserem Osten ein zweites schlimmeres Schicksal drohen, so gebe es einen ewigen Drahtberg zwischen großen Völkern, der nur neues Unglück, neue Zerstörung zur Folge haben könne. Der grenzenlose Hochmut in Warschau wolle die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen. Wir aber können immer nur über das ganze Erdenrund hinaus bitten und mahnen: Löse die ober-schlesische Frage gerecht, nachdem das Volk getrocknet hat. Sieben Jahrhunderte ist dieses Land in deutschem Besitz gewesen und nun soll es polnischen Herrschaftsgelüsten hingeworfen werden. Müsse man da nicht auf die Einkunft der großen führenden Nationen der Welt vertrauen daß unsere Stimme im Rate der Völker nicht ungehört verhallen werde. Bei der Entscheidung, die zu fällen ist, werden wir nicht dabel sein, die Verantwortung für sie liegt bei denen, die uns weder nach London berufen, noch zur Brüstungskonferenz nach Washington geladen haben. Er sehe nicht ohne Hoffnung in die Zukunft, freilich in dem Bewußtsein, daß sich Enttäuschungen mit der Macht von Todesgedanken auf die großen Scharen unerschütterlichen Volkes legen würden. Auch der stärkste Impuls zur Arbeit müsse erlahmen, wenn die großen Ideen, in deren Dienst sie geleistet werden sollen, sich als machtlos erweisen. Für uns kann es kein Schwanken auf der Bahn des Rechtes geben, die Einheit des Reiches, die Einheit unserer Wirtschaft, ist das einzige, was wir aus dem Zusammenbruch gerettet haben. Nur unter allseitigen Opfern werden wir uns aufrechterhalten können, durch das, was wir verloren, dürfen wir uns nicht niederdrücken lassen. Auch über Gräber müssen wir vorwärtsstreiten zu neuem Glück, zu neuer Gerechtigkeit für unser deutsches Volk.

Die unmittelbare Wirkung dieser Rede auf die Tausende von Zuhörern, die sich um den Reichskanzler in Bremen sammelten, hatten, scheint sehr bedeutend gewesen zu sein. Ob auch ihr weiterer Nachhall in London und Paris, in Rom und in Washington stark genug sein wird, um das Unheil verhüten zu helfen, das Dr. Wirth am europäischen Horizont heraufziehen sieht?

Die unterirdische Grenze.

General Marini gegen die Teilung des Industriegebietes. Ein außerordentlich einsehender und treffender Gesichtspunkt für die Beurteilung der Pläne zu einer Teilung Oberschlesiens ist jetzt gerade im richtigen Augenblick kurz vor dem Zusammentritt des Obersten Rates von dem Vertreter Italiens in der Oepelner Interalliierten Kommission, dem General de Marini, in die Debatte geworfen worden. Bei der Besprechung des ober-schlesischen Problems, die jetzt im Kreise der italienischen Regierung stattfand, betonte der in dieser Beratung nach Rom gefahrene General, daß die unterirdischen Schätze in Oberschlesien durch das ganze Gebiet fließen und einen technischen Zusammenhang des Industriegebietes herstellen, der eine Teilung unmöglich mache. 90 Prozent aller Bergwerke und Fabriken seien außerdem im Besitz von Deutschen. Ferner wurde es bei dieser Besprechung begrüßt, daß Deutschland angeboten habe, italienische Arbeiter in den ober-schlesischen Bezirken zu verwenden. Das einzige Zugeständnis, das Italien anscheinend zu machen gewillt ist, besteht in der Anerkennung des Grenzgebietes bei Rzeszów an Polen. Auch der Standpunkt des italienischen Außenministers della Torretta scheint dahin zu gehen, daß Italien, durch die antieuropäische Politik Frankreichs gezwungen, sich dem Standpunkt Englands anschließen müsse.

Die Sitzung des Obersten Rates, die für den 8. August in Paris bevorsteht, wird vermutlich aus zwei Perioden bestehen. Während der ersten soll allein die Frage der Truppenverhältnisse und der Verteilung Oberschlesiens behandelt werden. Lloyd George und Curzon sollen an diesen Besprechungen teilnehmen. Die zweite Periode soll stattfinden, nachdem die Haltung der Deutschen und Polen zu der Verteilung Oberschlesiens bekannt ist. Die mit der Prüfung der ober-schlesischen Frage beschäftigte Sachverständigenkommission soll spätestens bis zum 7. August ihre Arbeiten abgeschlossen haben. Dann werden Lloyd George und Curzon am Montag nach Paris fahren. Auch die Finanzkonferenz, die verschiedene Probleme der Reparationen, Kosten der

Befugungsarmee, Reparation in natura usw. besprechen soll, wird wahrscheinlich am 8. August in Paris zusammentreten. Daß der deutsche Wiederaufbauminister Rathenau den Wunsch nach einer Zusammenkunft mit Loucheur noch vor dem 8. August geäußert haben soll, ist unzutreffend.

Die Politik des Knüttels.

Neue polnische Gewalttaten in Oberschlesien.

Je näher der Augenblick der Entscheidung über Oberschlesien rückt, um so eifriger bemühen sich die Polen, dem Entschluß des Obersten Rates mit den „politischen“ Mitteln vorzuarbeiten, die ihnen besonders gut liegen. Diese Politik erschöpft sich bekanntlich in der Anwendung von Gewehrschüssen, Handgranaten und Knütteln gegen die Deutschen im Abstimmungsgebiet. Alle Anzeichen im ober-schlesischen Industriegebiet deuten weiter darauf hin, daß wir

am Vorabend eines neuen Putsches

stehen. In Alcolai finden seit mehreren Tagen fortgesetzt größere Ansammlungen ehemaliger Insurgenten und polnisch gesinnter junger Leute statt. Man spricht offen von einem neuen Aufstand, zu dem nur das Zeichen zum Losschlagen gegeben zu werden brauche. Aus Ritschschach hat ein Teil der deutschen Beamten, durch den unerhörten polnischen Terror gezwungen, wieder fliehen müssen. Mit Knütteln bewaffnete polnische Banden durchzogen fortgesetzt den Ort. Vereinzelt wurden auch Schüsse abgegeben, die selbstverständlich eine begriffliche Erregung in die Reihen der Bevölkerung trugen. Aus Laurahütte werden ebenfalls Zusammenrottungen gemeldet, die schwere Gefahren für den deutsch-geplanten Teil der Bevölkerung bedrohen lassen. Die zuständigen Kreisfunktoren sind wiederholt und eindringlich von den deutschen Stellen auf die Sturmschreie im ober-schlesischen Industriegebiet aufmerksam gemacht worden. Von neuem hebt der polnische Terror in den Betrieben der ober-schlesischen Berg- und Hüttenindustrie an. Die Arbeitsscheiter haben wesentlich nachgelassen. Junge arbeitsscheure Putschisten glauben die Zeit für gekommen, um mißloser ihr Geld zu verdienen. Trotz aller Ausschreitungen harret der größte Teil der Beamten und Angestellten in den Betrieben weiter aus, und es kann nicht genug wundernehmen, daß auch die deutsche Arbeiterschaft dem provozierenden Treiben ihrer polnischen Kollegen immer noch in musterhafter Geduld zuschaut. Zahlreiche Polenanammlungen fanden besonders im Rübner Kewler statt. Wegen die Stadt Ratibor wird ein förmlicher Boykott durchgeführt. Die Bauern der umliegenden Dörfer dürfen keine Lebensmittel, besonders keine Kartoffeln und kein Gemüse auf den Ratiborer Markt bringen. Eine sehr zweifelhafte Meldung wird auf dem Umwege über Rotterdam verbreitet. Danach soll

der Mörder des Majors Montalegre,

des Offiziers, der seinerzeit in Weuthen erschossen wurde, verhaftet worden sein. Es handelt sich um einen 23-jährigen Oberschlesier, Sohn deutscher Eltern mit Namen Joske, der die Tat eingesteht und behauptet, dafür eine größere Summe Geldes bekommen zu haben. Von welcher Seite er angeheuert wurde, hat er dagegen noch nicht eingestanden. Die deutsche Regierung hat sofort eine Nachprüfung des angeblichen Sachverhalts angeordnet, der dem Ergebnis der bisherigen Untersuchung dieses Falles vollständig widerspricht. Man glaubt eher, daß dieses angebliche Geständnis vielleicht durch Geld erkaufte ist, um die Schuld den Deutschen in die Schuhe zu schieben.

Ein kleiner Irrtum.

Tschechische Wünsche nach einer Grenzberichtigung.

Aus dem Prager Parlament wird berichtet: Außenminister Dr. Beneš erklärte in der Kammer die Grenzen der Tschechoslowakei mit Oberschlesien für unbefriedigend. Sowohl strategische wie zolltechnische Rücksichten forderten dringend ihre Berichtigung. Hierüber werde im Zusammenhang mit dem Schicksal Oberschlesiens entschieden werden. Besonders wichtig sei für die Tschechoslowakei die Erwerbung von 16 Gemeinden nächst Troppan. An Troppan grenzt der rein deutsche Kreis Leobschütz. Die tschechoslowakische Regierung ermannte sich, bei jeder günstigen Gelegenheit auf ihre Ansprüche hinzuweisen.

Bei diesen Äußerungen ist jedoch dem tschechischen Minister ein kleiner Irrtum unterlaufen. Wenn die Tschechoslowakei irgendwelche Wünsche nach deutschem Lande hat, so muß sie sich darüber auf dem Wege gegenseitiger Vereinbarungen mit der deutschen Regierung verständigen. In der Tat sind auch von tschechischer Seite Voreingaben gegeben worden, die auf einen Austausch gewisser Landstrichen an der Grenze Böhmens gegen